

## MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:  
Tel.: 3899810 Fax: 3899811

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim  
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

# MBI

Am 14. Mai 2017 wird der NRW-Landtag neu gewählt. Ob diese Wahl einem nun gefällt oder nicht, man/frau sollte zumindest allen Parteien, die gewählt werden wollen, Wahlprüfsteine vorlegen, die zumeist in Werbespots nicht vorkommen. Die Positionen der verschiedenen Parteien zukennen, mag bei der Wahlentscheidung helfen und man kann die Parteien später an ihre Versprechen erinnern. Deshalb aus Sicht der kommunalen Wählergemeinschaft MBI, die bei den letzten 3 Wahlen immer über 10% der Stimmen errang, ein Fragenkatalog zu **13 ausgewählten Problem- und Fragestellungen**:

### Für die Wiederbelebung der kommunalen Demokratie, für mehr Transparenz und (Wieder-)Ausweitung der Bürgerrechte!



Vorwort: Rückgrat jeder Demokratie ist ihr Funktionieren vor Ort, in den Kommunen, weil nur dort von den Menschen direkt erlebbar. Leider hat sich im letzten Jahrzehnt auch die kommunale Demokratie häufig von den Menschen wegbewegt und über ihren Köpfen entschieden. Etliche Fehlentwicklungen vor Ort wären noch Mitte der 90iger Jahre schwer möglich gewesen.

In diversen Städten hat es überdimensionierte Prestigeprojekte gegeben mit teilweise verheerenden Folgen noch für spätere Generationen und einem erschreckenden Maß an Mauschelei, Korruption und Geldverschwendung, ob beim U-Bahn-Bau in Köln, dem World-Trade-Center Bonn, dem Rathaus in Moers, dem U-Projekt in Dortmund, Landesarchiv und Küppersmühle in Duisburg, Ruhrbania in Mülheim und, und. Im folgenden einige Fragen, mit denen die MBI von einer zukünftigen Landespolitik auch wissen wollen, ob sie die Rahmenbedingungen für kommunale Demokratie und den zugehörigen Rechtsstaat wieder mehr an den Menschen orientieren wollen. Dazu müssten auch etliche Landesgesetze präzisiert oder geändert werden.

#### 1) Zu Bürgerrechten und der Verwaltungsgerichtsbarkeit

##### a) Bürger- und Volksentscheide

- ◆ Wie steht Ihre Partei zur direkten, plebiszitären Demokratie auf kommunaler, Landes- und Bundesebene? Wenn Sie diese ausbauen und für die Bürger verbessern wollen: Welche Maßnahmen und Schritte werden Sie dafür ergreifen wollen, auch um Volksentscheide auf Bundesebene überhaupt zu ermöglichen?

**Bürgerrecht**  
**Direkte Demokratie**

##### b) Kommunale Sperrklauseln und Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger

- ◆ Wie steht Ihre Partei zu der vom Landtag beschlossenen Einführung einer 2,5%-Klausel bei Kommunalwahlen?
- ◆ Wie steht Ihre Partei zu einer Einführung des Wahlrechts bei Kommunalwahlen und bei Bürgerentscheiden auch für Nicht-EU-Bürger?

##### c) zur Abschaffung des Widerspruchsrechtes für die Bürger:



Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2007 das Widerspruchsrecht der Bürger weitgehendst abgeschafft unter dem irreführenden Begriff "Bürokratieabbau". Das bedeutet in der Realität aber eine deutliche Verkürzung der Bürgerrechte und eine weitere Stärkung der Bürokratie! In Mülheim z.B. führten in 2007, dem letzten Jahr des Widerspruchsrechts, 3500 von ca. 5000 Widersprüchen zu Korrekturen der Bescheide! Im Alltag verweisen heute die Ämter bei Beschwerden nur noch

und sofort auf den Rechtsweg, dessen Kosten und Risiken. Das Vertrauen zwischen Bürger und Kommune wurde durch die Abschaffung des Widerspruchsrechts nachhaltig beschädigt.

Die rot-grüne Kraft-Regierung hatte vor den Wahlen 2012 eine Wiedereinführung zumindest teilweise versprochen, dies aber im Koalitionsvertrag nicht festgeschrieben. So passierte 5 Jahre lang auch fast nichts dazu.

- ◆ Werden Sie diesen gravierenden Fehler als eine der ersten Maßnahmen einer neuen Regierung korrigieren bzw. dies als Opposition schnellstmöglich beantragen?

### d) zur Verwaltungsgerichtsbarkeit und zur Ermöglichung von Sammelklagen

Gehen Bürger dann vor das Verwaltungsgericht, müssen sie selbst ohne Anwalt immer in Vorkasse treten, mitunter sogar mehr als die angefochtenen Beträge. Klagen Bürger zur gleichen Sache, etwa bei Anliegerbeiträgen oder überhöhten Gebühren, muss jede/r einzeln klagen und wegen angeblichem Datenschutz erfährt er/sie nicht einmal, wer noch Kläger/in ist. Zehn- oder hundertmal usw. werden dann in parallelen Verfahren die gleichen Papiere verschickt, verschiedene öffentliche Gerichtstermine abgehalten zur gleichen Sache, ohne dass ein Kläger notwendigerweise vom anderen weiß. Die gesamte z.T. kafkaesk anmutende Verfahrensweise dient wohl zur Abschreckung der Bürger von Klagen. Bekommt ein Bürger dennoch recht, weil die Kom-



§ mune z.B. überhöhte oder nicht gerechtfertigte Gebühren verlangte, erhalten nur die Kläger ihr Geld zurück, bei allen anderen ist alles durch Nichteinreichung einer Klage "legalisiert". Das fördert nicht gerade das Vertrauen in den Rechtsstaat, im Gegenteil.

Mit der Asyl- und Zuwanderungsproblematik kommt noch hinzu, dass viele Verwaltungsgerichte mit Klagen zum Asylverfahren oder möglichen Abschiebungen bereits überhäuft und überlastet sind. "Normale" Klagen dauern auch dadurch noch länger und häufig sind auch die Verwaltungsgerichte eher bemüht, Klagen "abzuwimmeln".

- ◆ Werden Sie im Sinne der Bürger die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit reformieren wollen? Wenn ja, welche Maßnahmen wird Ihre Partei in Angriff nehmen?
- ◆ Werden Sie insbesondere Sammelklagen in Zukunft auch in NRW ermöglichen bzw. im Bundesrat entsprechende Initiativen einbringen, um auch in Deutschland ähnlich den USA die Verbraucherrechte mit der Möglichkeit von Sammelklagen endlich auf andere Füße zu stellen?
- ◆ Welche Maßnahmen sieht ihre Partei vor, um die Verstopfung und Überlastung der Verwaltungsgerichte mit Verfahren zu Asyl- und Ausländerrecht zu verbessern oder gar zu beenden? Sollen diese z.B. in Spezialgerichte ausgelagert werden?

## 2) Gebührenwillkür von Kommunen gegenüber ihren Bürgern

Spätestens mit der hohen Verschuldung vieler Kommunen hat vielerorts die Praxis der Erhebung kommunaler Abgaben und Gebühren Züge von Abzockerei angenommen. Häufig nutzen die Behörden Gesetzeslücken oder -unschärfen, um ihre Bürger zur Kasse bitten zu können. Die Stadt Mülheim z.B. fahndet seit Jahren nach Hinterliegerbuchgrundstücken, um dann gleich für Jahre im Nachhinein Straßenreinigungsgebühren zu erheben, oft für Grundstücke, die für die erbrachte Leistung zu 100% irrelevant sind. Oder sie verlangt für die Luxussanierung mit tiefen Frostschutzschichten in fast unbefahrenen Nebensträßchen irrwitzig hohe Anliegerbeiträge, ähnliches bei Kanalerneuerung. Nicht vermittelbar sind auch Erschließungskosten nach 30 oder mehr Jahren. Der gesetzlich vorgegebene Grundsatz, dass die Beiträge etwa zu Straßen- oder Kanalerneuerung dem Anlieger "wirtschaftliche Vorteile" verschaffen sollen, ist selbst vor Gericht häufig zur hohlen Phrase verkommen, weil jede Maßnahme als solche als Vorteil definiert wird unabhängig von jedem real nachweisbaren Vor- oder Nachteil.



Auch die Berechnung von Straßen- oder Kanalerschließungsgebühren nach Gesamtfläche führt des öfteren zu massiven Ungerechtigkeiten, etwa wenn ein Grundstück an 2 oder 3 Straßen grenzt, die Beiträge damit 2 oder 3mal für das Gesamtgrundstück ermittelt werden, was u.a. bei Eigentümergemeinschaften häufiger vorkommt. Ähnlich verhält es sich mit dem gesetzlich vorgegebenen Prinzip der Kostendeckung bei der Ermittlung der kommunalen Zwangsgebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasserbeseitigung.

Wenn die Stadt Mülheim z.B. Überschüsse aus den Abwassergebühren in den städtischen Haushalt überführte, so ist das real ein massiver Verstoß gegen kostendeckende Gebühren, doch lässt das unscharfe Kommunale

Abgabengesetz (KAG) eine Interpretation etwa durch die Verwaltungsgerichte zu, die diesen eklatanten Widerspruch auch noch rechtfertigt.

- ◆ Werden Sie insbesondere eine Überarbeitung und Präzisierung des KAG (Kommunales Abgabengesetz) in Angriff nehmen, u.a. in Bezug auf die o.g. Beispiele?

Um genauere Antworten zu jeder der verschiedenen angesprochenen Gebührenarten wären wir dankbar!

### 3) NRW-Mittelbehörden und ggfs. Schaffung eines RP Ruhr

Wahlversprechen der CDU vor etlichen Landtagswahlen war die ganz oder teilweise Abschaffung der sog. Mittelbehörden der RP's (heute umgetauft in Bezirksregierungen) und der beiden Landschaftsverbände. 2005 wollte die CDU aus 5 RP's 3 machen und ein Regierungsbezirk Ruhrgebiet sollte geschaffen werden. Dieses Versprechen wurde 2005 in dem Koalitionspapier auch festgeschrieben, aber nichts passierte. Ein RP Ruhr war für die folgende rot-grüne Minderheitsregierung kein Thema.



- ◆ Werden Sie bzw. Ihre Partei die Problematik einer grundlegenden Verwaltungsreform für NRW auf Ihre Agenda erheben? Wenn ja, mit welchen Zielen? Abschaffung aller Mittelbehörden, also auch der Landschaftsverbände, oder nur der RP's oder Reduzierung der Regierungsbezirke auf 3, wie die CDU es 2005 versprochen hatte?

### 4) Riesenproblem ÖPNV, insbesondere im Ruhrgebiet

- ◆ Welche Möglichkeiten sehen Sie, um auf die zahlreichen kommunalen Verkehrsunternehmen im Ruhrgebiet Einfluss zu nehmen, damit diese sich zu einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft zusammenschließen? Werden Sie auch tatsächlich nach der Wahl versuchen, diesen Zusammenschluss voranzutreiben?



Der ÖPNV insbesondere im Ruhrgebiet mit über 5 Mio. Einwohnern leidet unter dem ausgeprägten Kirchturmsdenken. Wie das Beispiel Via in Mülheim, Essen und Duisburg zeigt, gelingt nicht einmal ein Zusammenschluss von drei bzw. mit Oberhausen vier Städten, weil der Druck seitens der Landesregierung fehlt. Widerstand entsteht wegen der Notwendigkeit des Abbaus von Geschäftsführerstellen und der Führungsebene allgemein. Die Bereitschaft, z. B. bei städteübergreifenden Linien gemeinsame Konzepte zu erarbeiten ist geradezu gleich Null.

- ◆ Welche Möglichkeiten sehen Sie, um den Städten zu helfen, den Sanierungsstau beim ÖPNV, insbesondere auch beim schienengebundenen, vor allem auch U-Bahnen, anzugehen? Werden Sie versuchen, hier zu stützliche Finanzierungsmöglichkeiten, Förderprogramme oder Ausnahmeregelungen bei der Haushaltskonsolidierung durchzusetzen?

Nachdem insbesondere der Ausbau der teuren U-Bahn-Systeme in den 80 er Jahren gefördert wurde, gibt es jetzt, wo die Bahnen und Anlagen dringend erneuerungsbedürftig sind, keine Fördermittel. Viele Städte sind mit dieser Aufgabe völlig überfordert. Der notwendige weitere Ausbau des ÖPNV wird unter diesen Bedingungen nahezu unmöglich. Gerade die städteübergreifenden Linien können aber in NRW nicht ausschließlich Sache der Kommunen sein, durch die besondere Situation gerade auch im Ruhrgebiet, wo alle Städte einen zusammenhängenden Siedlungsraum bilden. Hier ist das Land gefordert, Lösungen zu fördern und anzubieten.

### Bessere Auslastung SPNV(schienengebundener Nahverkehr)

- ◆ Wie steht Ihre Partei zu folgenden Vorschlägen, u.a. eingleisige Bahnstrecken zweigleisig auszubauen?
  - Lünen - Münster: EC - ICE - IC - RE - RB fahren heute alle eingleisig
  - Gelsenkirchen - Buer Nord - Marl - Mitte - Haltern am See: eingleisige Strecke S9
  - Essen Gerschede - Bottrop Hbf. S9 eingleisig

- Gladbeck - Zweckel - Wanne - Eickel - Herne - Castrop - Rauxel Süd - Dortmund Hbf.:  
RB heute eingleisig
- Die Kurve zwischen Essen Überrauch und Essen - Steele-Ost wieder reaktivieren, um umsteigefrei von Wuppertal nach Bochum zu fahren mit RB + S-Bahn.; Wechselanlage ist in Bochum Hbf. vorhanden

**Die Landesregierung sollte folgende Strecken für den Personenverkehr wieder reaktivieren, um die jetzige Misere im Personennahverkehr zu beheben und die Autobahnen zu entlasten.**

- Duisburg Hbf - DU - Wedau - Lintorf - Ratingen - West - D - Rath - D - Eller - Hilden - Immigrath - LEV- Opladen - K - Kalk - Köln - Bonn Flughafen
- Duisburg Hbf - Rheinhausen - KR - Uerdingen - Osterath - Neuss - Nievenheim - Dormagen - K - Nippes - Köln Süd - Bonn - Remagen
- Krefeld Hbf - KR - Uerdingen - Moers - DU - Beekerwerth - DU - Meiderich Süd - Oberhausen Hbf- OB - Osterfeld Süd - BOT - Vonderort - E - Karnap - GE - Bismark - GE - Zoo - Wanne - Eickel - Herne - CAS - Süd - DO - Bövinghausen - DO - Marten - DO - Huckarte - DO - Hbf

**Durchgehende internationale Zugverbindungen mit Regionalzügen sollte es geben für**

- Ruhrgebiet - Emmerich - Arnheim - Utrecht - Amsterdam
- Köln - Mönchengladbach - Venlo - Eindhoven - Tilburg - Rotterdam - Den Haag
- Aachen - Maastricht
- Ruhrgebiet - Köln - Aachen - Lüttich - Brüssel - Antwerpen

## 5.) Energie- und Verkehrswende

- ◆ Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um steigende Stromkosten in den Griff zu bekommen? Was beabsichtigen Sie zu tun, um zukünftig die dramatisch gestiegene Zahl von Stromsperrern zu reduzieren?
- ◆ Befürworten Sie Fahrverbote, z.B. für Dieselfahrzeuge?
- ◆ Welche Stellung beziehen Sie zur beschleunigten e-mobility durch Batteriefahrzeuge?
- ◆ Wie steht Ihre Partei zu Brennstoffzelle und Wasserstoff im Verkehrsbereich?
- ◆ Welche übergeordneten Ziele für eine Verkehrswende sieht Ihr Programm vor?

## 6) Bildung

Die Situation an den NRW-Schulen muss als dramatisch bezeichnet werden. Mit der Inklusion und der Integration von Zuwanderern wurde das Bildungssystem gleichzeitig vor zwei gewaltige neue Herausforderungen gestellt, ohne dass sich an der finanziellen und personellen Ausstattung und am maroden Zustand vieler Gebäude viel geändert hätte. Berichte von Lehrern, die kurz vor der Resignation auf die sich abzeichnenden gesellschaftlichen Auswirkungen hinweisen, wenn viele Schüler nicht mehr integriert werden können, mehren sich. Dabei wird z. Z. ein Großteil der Zuwandererkinder noch in Auffangklassen unterrichtet, um zunächst die Sprache zu lernen, aber nach spätestens zwei Jahren müssen auch sie in normale Klassen integriert werden.

- ◆ Wie steht Ihre Partei zur Frage des Abiturs nach 9 Jahren? Soll dies für alle Schulen gelten? Wie soll ggfs. eine Abschaffung des "Turbo-Abiturs" bewerkstelligt werden?
- ◆ Welche Konzepte gibt es in Ihrer Partei für die konkrete Umsetzung der Inklusion bzw. auch für ein Moratorium, dass allen Beteiligten Gelegenheit geben würde, Ziele und Möglichkeiten noch einmal grundlegend zu überdenken?
- ◆ Wollen Sie in Zukunft Förderschulen für mehr Inklusion abschaffen? Ganz, teilweise oder überhaupt nicht?
- ◆ Welchen Stellenwert soll nach den Vorstellungen Ihrer Partei bei zukünftig verstärkter Inklusion der Elternwille behinderter Kinder grundsätzlich haben?
- ◆ Soll es nach dem kurzfristig aufgelegten Programm "Gute Schule 2020" weitere Förderprogramme zur Sanierung von Schulgebäuden geben? In welchem Umfang?
- ◆ Welche Konzepte existieren in Ihrer Partei für die Integration der Seiteneinsteiger (SE)/Zuwanderer (jenseits eines "irgendwie-schaffen-wir-das")? Wie genau möchte Ihre Partei die Verteilung der Seiteneinsteigerschüler organisieren, durch Verteilung auf Schulformen oder über separate SE-Klassen?
- ◆ Wie wollen Sie den eklatanten Lehrermangel insbesondere für die Bereiche Inklusion (speziell Sonderpädagogen) und SE-Schüler beheben, und zwar kurz-, mittel- und langfristig?
- ◆ Welche Raumkonzepte und Klassengrößen sollen nach den Vorstellungen Ihrer Partei von der zukünftigen Landespolitik vorgegeben werden?
- ◆ Wie hoch setzen Sie den zukünftigen Finanzbedarf für die gesamte Integrations- und Inklusionsarbeit an NRW-Schulen an und haben Sie dafür eine Deckung bzw. Gegenfinanzierung? Wenn ja, welche?

## **7) Privatisierung und PPP-Projekte, insbesondere die geplante Autobahnprivatisierung per PPP inkl. Maut für PKW**

PPP-Projekte haben sich oft als teure und konfliktträchtige Lösungen erwiesen. Eine demokratische Kontrolle ist schwer möglich, auch wegen der langfristigen Verträge, die wenig Änderungen zulassen, Informationen über auftretende Probleme, die oft mit zusätzlichen Kosten für die Städte verbunden sind, sind nur in nichtöffentlichen Sitzungen (wenn überhaupt) zu bekommen. Dass daraus nicht wirklich gelernt wurde, zeigen die Bestrebungen, die zukünftige Bewirtschaftung von Autobahnen auch wieder über PPP-Projekte umzusetzen (s.u.).

Viele Bereiche der städtischen Daseinsvorsorge sind in Beteiligungsgesellschaften ausgegliedert, oft als ganz oder teilweise privatisierte GmbH's. Informationen und Entscheidungen sind der Öffentlichkeit und oft auch den Ratsgremien entzogen, da Sache der entsprechenden Aufsichtsräte. Diese Beteiligungen sind zweifelsfrei lukrativ für die privaten Anteilseigner, während insbesondere verschuldete Kommunen PPP-Projekte zur Umwegfinanzierung nutzen für Projekte, die haushaltsmäßig nicht genehmigungsfähig wären.

- ◆ Welche Möglichkeiten sehen Sie, um weitere PPP-Projekte und Privatisierungen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge zu verhindern? Werden Sie ggfs. von diesen Möglichkeiten auch Gebrauch machen?
- ◆ Welche Möglichkeiten sehen Sie für Veränderungen der rechtlichen Grundlagen, um die Transparenz und Eingriffsmöglichkeiten des Rates in privatrechtlichen Verträgen und bei teilprivatisierten Gesellschaften zu verbessern?
- ◆ Welche zusätzlichen Kompetenzen können Sie den Kartellbehörden und der Preisaufsicht einräumen, um deren Kontrollmöglichkeiten gegenüber Anbietern von Gas, Strom und Wasser zu verbessern?
- ◆ Werden Sie im Landtag die demokrateschädliche Geheimniskrämerei zu Gutachten, Verträgen etc. für und durch die Kommunen per Gesetz und durch Erlasse einzudämmen versuchen? Wenn ja, wie?

### **Autobahnprivatisierung und PKW-Maut über PPP-Modelle**

Die Hoheit über insbesondere die Autobahnen soll als wichtigster Teil der geplanten GG-Änderung über den Umweg der Novellierung des Länderfinanzausgleichs geschehen. Der Verkauf der Autobahnen als solche ist laut aktuellem Gesetzesentwurf zwar untersagt. Das heißt jedoch per se erst einmal nicht viel. Es gibt zahlreiche Formen von "Privatisierung" und nur bei sehr wenigen wechseln wirklich die Besitzrechte am zu privatisierenden Gut. Ein echter Verkauf ist meist für die Unternehmen ohnehin nur die zweite Wahl. Besser ist da natürlich, ein Nutzungsrecht von der öffentlichen Hand überschrieben zu bekommen, das einem das Recht einräumt, Gebühren zu erheben. Die Rendite solcher "Privatisierungsmodelle" ist oft sogar höher als bei einem "echten" Verkauf. Und eben diese Übertragung der Nutzungsrechte lässt der bisherige "Kompromiss" zwischen Bund und Ländern ausdrücklich zu. Und das, obwohl der Bundesrechnungshof massive Bedenken angemeldet hat und auch Rechnungshöfe verschiedener Länder vorgerechnet haben, dass dies bedeutend teurer werde. Die beabsichtigte Bundesfernstraßengesellschaft, die dann abschnittsweise die Autobahnen per PPP z.B. an Versicherungskonzerne privatisieren soll, bedeutet deshalb folgerichtig auch die Einführung einer Maut für PKW, nicht in der jetzigen dilettantischen Variante von Dobrindt, sondern wie bereits für LKW über Kamerasysteme wie bei Toll-Collect. Deshalb folgende Frage:

- ◆ **Wie stellt sich Ihre Partei im Bundesrat zu den Plänen für die bundeseigene Fernstraßengesellschaft, wozu eine Grundgesetzänderung nötig wäre?**

## **8) Zur kommunalen Finanzkrise und Finanzhoheit in NRW**

Trotz der Anforderungen an die Kommunen, Haushaltssicherungskonzepte (HSK) aufzustellen und den Haushaltsausgleich in angemessener Zeit herzustellen, ist die Verschuldung der NRW-Kommunen weiter gestiegen, seit 2005 um 34 %! Inzwischen ist der "Stärkungspakt Kommunal Finanzen" in der dritten Runde angekommen. Auch die Stadt Mülheim - mit 1,7 Mrd. € Gesamtverschuldung die Stadt mit der zweithöchsten Pro-Kopfverschuldung in NRW - will nun daran teilhaben dürfen. Über mehrere Jahre verteilt möchte die Stadt rd. 170 Mio. € erhalten und muss dafür in diesem Zeitraum die im HSK festgelegten Sparziele einhalten. Es wird darauf verwiesen, andere Städte hätten "es inzwischen geschafft". Bei näherem Hinsehen aber erweist sich die wunderbare Haushaltssanierung als Gemisch aus Steuererhöhungen, unrealistischen Prognosen zur Kostenentwicklung und Verrechnungstricks mit den ausgelagerten Beteiligungsgesellschaften. Am grundsätzlichen Problem ändert sich nahezu nichts. Jetzt kommt noch die Belastung durch die immensen Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen hinzu und auch die Niedrigstzinsphase könnte bald zu Ende sein.

- ◆ Wird Ihre Partei eine grundsätzliche Umverteilung zugunsten der Kommunen in Angriff nehmen, um diese auch in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu finanzieren? Wie kann und soll gleichzeitig gewährleistet werden, dass eine auskömmliche Finanzierung nicht wieder für prestigeträchtige Großprojekte, immer neue teure Gutachten und ausufernde Personalpolitik insbesondere der Führungsebenen missbraucht wird?
- ◆ Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum "Stärkungspakt Kommunalfinanzen" in NRW? Wollen und werden Sie ggfs. die Kriterien ändern? Wenn ja, wie? Wie wollen Sie ggfs. die Milliarden € gegenfinanzieren, die dafür benötigt würden?
- ◆ Was halten Sie von einem Schuldenschnitt für die überverschuldeten Kommunen? Wenn Sie das befürworten, wie könnte es bewerkstelligt werden? Welche Szenarien hat Ihre Partei dafür bisher untersucht bzw. aufgestellt?
- ◆ Welche Kompetenzen und Einwirkungsmöglichkeiten soll die Kommunalaufsicht, gleich ob RP oder beim Ministerium, in Zukunft haben, damit das Land seine Kommunen auch zu mehr Haushaltsdisziplin zwingen kann?
- ◆ Wie sieht Ihr Konzept für den Fall der Insolvenz einer Kommune aus?
- ◆ Was wird Ihre Partei unternehmen, um insbesondere im Ruhrgebiet und im Bergischen Land die dringend erforderliche interkommunale Zusammenarbeit aus dem Bereich von Sonntagsreden und Absichtserklärungen heraus zu befördern? Welche Vorschriften und Gesetze wird Ihre Partei in Angriff nehmen, um dafür notfalls auch die bestehende kommunale Planungs- und Finanzhoheit einzuschränken?

## 9) Bewerbung für Olympia in NRW 2028

- ◆ Wird Ihre Partei eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2028 in NRW befürworten oder zu verhindern suchen?

## 10) Flächenverbrauch, Gewässerschutz

In NRW liegt der Flächenverbrauch immer noch bei 10 ha täglich(!). Die bisherige Landesregierung wollte dies bis 2020 auf 5 ha/Tag reduzieren. Bisher liegt die Planungshoheit bei den Kommunen, die jede für sich möglichst viele Gewerbe- und Wohnbauflächen ausweisen will.

- ◆ Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Flächenverbrauch in NRW endlich wirksam zu reduzieren?

Noch immer erfüllen in NRW erst 10 % der Gewässer die Anforderungen der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie WRR, obwohl alle Gewässer bis 2015 der WRRL entsprechen sollten!

- ◆ Werden Sie zusätzliche Mittel bereitstellen und eine konsequente Umsetzungsstrategie entwickeln, um die Umgestaltung der Gewässer in NRW gemäß der WRRL endlich voranzutreiben?

## 11) Sicherheit und Ausländerrecht

- ◆ Wie steht Ihre Partei zu verstärkter Videoüberwachung?
- ◆ Was halten Sie von doppelter Staatsangehörigkeit? Wenn Ihre Partei eine Ausweitung befürwortet, für welche Länder und mit welchen Bedingungen? Wenn Ihre Partei das ablehnt, wie wollen Sie mit denjenigen verfahren, die bereits doppelte Staatsbürger sind?
- ◆ Wie stehen Sie zum Einsatz von Militär auch zur Inneren Sicherheit?
- ◆ Welche Konzepte zur verbesserten Zusammenarbeit von Land, Bund und anderen EU-Ländern in Sicherheitsfragen will Ihre Partei umsetzen?

## 12) Pflege

- ◆ Welche Maßnahmen sieht ihre Partei vor, um die dringend notwendige Verbesserung der Infrastruktur für pflegende Angehörige endlich in Angriff zu nehmen?

## 13) Rundfunkzwangsbeitrag für ARD, ZDF und Deutschlandradio (ex-GEZ)

- ◆ Sind Sie dafür, dass Kommunen weiter die Zwangsgebühren für den WDR eintreiben? Wenn nicht, wie will Ihre Partei das ändern?
- ◆ Wird ihre Partei Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages insbesondere zu den Zwangsgebühren mittragen oder über den Bundesrat sogar initiieren?

